

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

25.5.1921 (No. 119)

Expedition: Karlsruher-Str. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptgeschäftsführer C. Mend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M 90 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gepaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasseeintrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage wies auch in der Berichtswoche keine Besserung auf. Die Zahl der Erwerbslosen ist wiederum, wenn auch nicht im gleichen Maße wie in der letzten Woche gestiegen und betrug am Ende der Berichtswoche 4772; zwar hat sich örtlich die Erwerbslosenziffer vermindert, was in der Hauptsache auf die Beschaffung von vorübergehender Tagelöhnerarbeit und auf die vermehrte Arbeitsaufnahme im Baugewerbe zurückzuführen ist. Auf der anderen Seite aber haben die Entlassungen in der Industrie wieder zugenommen. Wie die Zahl der voll unterstützten Erwerbslosen, so ist auch diejenige der unterstützten Kurzarbeiter am Ende der Berichtswoche auf zusammen 1143 gestiegen (gegenüber 1044 in der Vorwoche). Eine Zunahme hat auch die Zahl der Notstandsarbeiten erfahren (3269 gegenüber 3206 von der Vorwoche). An Erwerbslosenunterstützung wurden 848 743,92 M. an Kurzarbeiterzulagen 55 405,80 M. in der Berichtswoche ausbezahlt.

Die einzelnen Berufe zeigten folgendes Bild: In der Landwirtschaft hat sich keine wesentliche Veränderung ergeben, Nachfrage bestand nach Knechten, insbesondere nach Weibern, sodann nach Feldmägden, in der Seegegend war der Bedarf an landwirtschaftlichen Kräften zum Teil beträchtlich. Landwirtschaftliche Arbeiter waren hingegen im allgemeinen weniger gesucht.

In der Industrie der Steine und Erden macht sich schon seit längerer Zeit ein ganz erheblicher Mangel an gelernten Ziegellern fühlbar, hingegen hält in der Metall- und Maschinenindustrie der flauere Geschäftsgang immer noch an. In der Schwarzwälder Uhrenfabrikation schwankt die Lage zurzeit; vereinzelt scheint die Hoffnung auf eine kleine Besserung berechtigt zu sein.

Die Beschäftigungslage in der chemischen Industrie hat sich nicht geändert, in der oberbayerischen Textilindustrie dauert der Streik noch an, eine Spinnerei und Nähmaschinenfabrik hat infolge mangels an Arbeit ihren Betrieb eingeschränkt.

Der Bedarf an Arbeitskräften in der Papier- und Lederindustrie ließ entschieden zu wünschen übrig, die Lage im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat sich nicht geändert.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat die Nahrungsmittelfabrikation die Gefahr bevorstehender erheblicher Arbeitsbeschränkungen noch nicht sicher überwunden, andererseits hat sich vereinzelt die Konservenfabrikation aufnahmefähig gezeigt. In der Tabakindustrie ist infolgedessen eine kleine Änderung gegenüber der Vorwoche eingetreten, als sich in Bruchsal die Nachfrage nach Tabakarbeiterinnen gesteigert hat.

Das Baugewerbe kann zurzeit im allgemeinen als verhältnismäßig gut beschäftigt gelten, namentlich soweit es sich um Maurer, Gipser und Zimmerleute handelt; wesentlich schwieriger ist die Arbeitsbeschaffung für ungelernete Bauarbeiter.

Die ungünstige Lage im Verbielfältigungsgewerbe hat keine Änderung erfahren, im Handel und bei den technischen Berufen stockt die Vermittlungstätigkeit schon seit langem.

Die Arbeitsbeschaffung für die freien Berufe, die sich im allgemeinen schwierig gestaltet, hat eine erfreuliche Belebung durch die Nachfrage nach Orchestermusikern (Bläsern) erfahren.

Das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe war über die Pfingsttage in erhöhtem Maße zur Aufnahme Stellenfuchender fähig, unabhängig hiervon besteht weiterhin großer Mangel an weiblichem gastwirtschaftlichem Küchenpersonal. Der Bedarf an weiblichen Dienstmädchen kann auch nicht annähernd gedeckt werden.

#### Betriebs-Schließung und -Einschränkung

In Pforzheim wurde eine Maschinenfabrik geschlossen; betroffen sind 67 Männer und 4 Frauen. Einschränkungen mußten bei 6 Betrieben vorgenommen werden, wovon 300 Männer und 38 Frauen betroffen sind. In der Pforzheimer Schmelzwarenindustrie waren eingeschränkt 216 (in der Vorwoche 219) Betriebe; durch Verkürzung betroffen sind rund 35500 Männer und 3800 Frauen.

### \* Dr. Wirth und Briand.

Wenn Reichskanzler Dr. Wirth heute zu einem kurzen Besuch der badischen Regierung in Karlsruhe eintrifft, so darf er sicher sein, daß es nur herzliche und gute Empfindungen sind, mit denen die überwiegende Mehrheit des badischen Volkes ihn bei uns begrüßt. Für eine Zeitung, die von jeher auf die starke politische Begabung Wirths und seine hervorragenden Charaktereigenschaften aufmerksam gemacht hat, ist es überflüssig, heute hierüber noch weitere Worte zu verlieren. Und auch unserer Genugtuung darüber, daß gerade ein Mann wie Wirth Reichskanzler geworden ist, haben wir ja schon neulich bei seiner Ernennung Ausdruck verliehen.

Unsere Aufgabe kann höchstens darin bestehen, daß wir uns ein knappes Urteil gestatten über das, was Dr. Wirth bisher in den wenigen Tagen seiner Reichskanzlerschaft getan und erreicht hat. Diese Handlungen des neuen Kanzlers fordern schon allein deshalb zu einer besonderen Beurteilung auf, weil sie bezeichnenderweise auch bei solchen Stellen Anfall gefunden haben, die sonst grundsätzlich alles, was die Reichsregierung des neuen Staates zu tun pflegt, mit kritischem Hohn oder mit offenkundigem Mißtrauen verbächtigen. Die Tatsache, daß zum Beispiel auch sehr weit rechtsstehende Organe die Antwortnote Wirths an den französischen Botschafter in Sachen der oberschlesischen Frage als würdig, klug und energisch bezeichnen, muß um so stärker ins Gewicht fallen, als ja hinlänglich bekannt ist, daß Wirth sicherlich nicht zu den führenden Politikern des neuen deutschen Staates gehört, von denen irgend eine innerpolitische Konzeption der Reaktion gegenüber zu erwarten ist.

Noch viel bedeutender aber erscheint uns eine zweite Tatsache, nämlich die, daß gestern der französische Ministerpräsident Briand in seiner großen Rechtfertigungsrede vor der Kammer ausdrücklich erklärt hat, das „Kabinett Wirth habe mit Freimut, Aufrichtigkeit und Loyalität gehandelt; es habe die Forderungen der Alliierten unterschrieben und befreit mit der Durchführung der von den Alliierten aufgestellten Bedingungen begonnen“. Briand hat diese Äußerung zusammen mit der Feststellung, daß sich das Kabinett auf eine andere Mehrheit, als die bisherige Regierung stütze, gerade denen entgegengestellt, die der Meinung sein könnten, Deutschland betreibe immer nur eine Politik der leeren Worte.

Sachlich bezog sich die Äußerung Briands auf die Antwort, die die deutsche Reichsregierung auf das Verlangen Frankreichs, die Anwerbung der Freiwilligen für Oberschlesien sofort einzustellen, die Grenze zu schließen und die auf deutschem Boden stehenden Banden zu entlassen, erteilt hat. In der Antwort, die Briand zur Beerdigung der nationalistischen Hegelei gewiß nicht unerwünscht gekommen ist, wird von unserer Seite mitgeteilt, daß die Grenze geschlossen, der Belagerungszustand verhängt sei und die Nadelstiche verfolgt würden.

Es bedeutet eine neue Phase in der außenpolitischen Entwicklung unserer Lage, daß ein französischer Ministerpräsident einer Kammer gegenüber, deren Stellung zu ihm noch recht unklar ist, die Antwort der deutschen Reichsregierung verteidigt, und zwar unter Hinweis auf die veränderten Mehrheitsverhältnisse in Deutschland und auf die Handlungen des neuen Kabinetts, dem ausdrücklich die Aufrichtigkeit und Loyalität bescheinigt wird.

Gewiß wollen wir die praktische Bedeutung dieser Worte Briands auch nicht überschätzen. Es ist ja auch einstweilen noch die Frage, ob eine ausreichende Mehrheit der Auffassung Briands zustimmen wird. Immerhin aber ist es das erste Mal, daß nun auch von offizieller französischer Seite der gute Wille und die Ehrlichkeit einer deutschen Reichsregierung offen anerkannt wird. Und wenn wir bedenken, wie gefährlich gerade das Mißtrauen des Auslandes für uns gewesen ist, so dürfen wir uns dieses ersten Symptoms einer Urteilsänderung um so mehr freuen, als wir dieses Symptom gerade bei unseren fanatischsten Gegnern beobachten können.

Nun aber darf nicht außer Acht gelassen werden, daß Briand überhaupt seine ganze gestrige Rede auf den Grundgedanken eingestellt hatte, daß man die Politik „der Faust am Ragen“ verabschieden müsse und eine Politik zu betreiben habe, die sich ganz

ruhig auf die Auffassung von der tatsächlichen Kraft stützt, die Frankreich zu Gebote steht. Diese Politik ist es, die von Briand vertreten wird, und zwar unter deutlicher Ablehnung der Überreibungen jener nationalistischen Kreise, die durch eine jede Information, die aus einem unruhigen Gebiet einläuft, gleich in wilde Aufregung veretzt werden.

Einen unbegründeten Einmarsch in das Ruhrgebiet hat Briand in seiner Rede gleichfalls abgelehnt und einen solchen Einmarsch sehr richtig als „eine großartige Geste“ charakterisiert, die aber politisch nicht empfehlenswert sei. Warum sie Briand nicht zweckmäßig erscheint, ergibt sich klar aus den Sätzen, die dieser seiner Erklärung vorausgehen. In diesen Sätzen wird die Einheit unter den Alliierten als eine unumgängliche Notwendigkeit für Frankreich bezeichnet, und es wird auf Clemenceau abgehoben, der selbst zugegeben habe, daß der Friedensvertrag nur so lange etwas wert sei, als die Einheit unter den Alliierten anhalte.

Und schließlich hat Briand der Kammer ziemlich klar zu verstehen gegeben, daß, wenn sie eine andere Politik wolle, sie damit die Bündnisse zerbrechen werde. Und wohl nicht ohne Grund hat er in diesem Zusammenhang nicht nur England, sondern auch Amerika genannt. Daß ein Bruch durchaus nicht in den Absichten Lloyd Georges liege, hat Briand mit Nachdruck hervorgehoben. Und was die oberschlesische Frage im Speziellen anlangt, so hat Briand nach den Zeitungsverichten sogar gesagt, daß „Frankreich selbst an der einen oder anderen Lösung nicht interessiert sei, und zwar auch nicht vom Standpunkt seiner Sicherheit aus.“

Nun, wir werden abzuwarten haben, ob die französische Kammer dieser völlig neuartigen Auffassung Briands zustimmt, und wie die praktischen Folgen dieser Neuorientierung aussehen werden. Immerhin haben wir festzustellen, daß Briand bisher der erste französische Ministerpräsident gewesen ist, der sich — sei es nun freiwillig, sei es unter dem Druck der Verhältnisse — bemüht, einem deutschen Kabinett einige Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Als seiner Zeit Briand zum französischen Ministerpräsidenten ernannt wurde, haben wir diese Ernennung als die nach der damaligen Lage der Dinge noch immer beste Lösung für uns bezeichnet, und wir dürfen heute wohl sagen, daß wir mit dieser unserer Auffassung recht behalten haben.

Daß die kluge und korrekte Politik des neuen Reichskabinetts diese ganz zweifellose Wendung zum Besseren mit verursacht hat, liegt klar auf der Hand. Und wenn wir auch grundsätzlich der weiteren Entwicklung der Dinge immer noch mit der größten Vorsicht und Skepsis entgegensehen, wollen wir doch gerne uns eines jeden Erfolgs freuen, den wir erringen können, und aus dieser Stimmung heraus dem heute in Karlsruhe weilenden Reichskanzler unsern Glückwunsch aussprechen. Wir verbinden diesen Glückwunsch mit der Hoffnung, daß auch seine weitere Amtstätigkeit zum Segen unseres Vaterlandes ausschlagen möge, unseres armen und gequälten Vaterlandes, das sicherlich von niemandem mehr geliebt wird, als von dem Reichskanzler selbst!

### 1911—1918.

Unter dieser Überschrift beleuchtet ein Staff-Offizier in der „Weltbühne“ den Inhalt des bei S. Hirzel in Leipzig erschienenen dreibändigen Werkes „Eine Weltreise 1911/12 und der Zusammenbruch Deutschlands“ von General der Kavallerie Friedrich von Bernhardsi. Wir geben nachstehend die interessanten Ausführungen wieder. Sie lauten:

Der erste Band schildert die Reise von Hamburg bis Goshon, der zweite Band ist Ostasien gewidmet, im dritten wird Amerika und in einem Nachwort der Weltkrieg behandelt. Das ganze Buch ist so bezeichnend für die Stimmung der alldeutschen Kreise, deren Exponent Bernhardsi sowohl vorm wie im Krieg war, daß es immerhin lohnt, sich durch die drei Bände hindurchzuarbeiten — trotz der ungeheuren Länge einzelner Kapitel und der Fülle banaler Betrachtungen. Aber man muß so oft den Kopf schütteln, daß man nie zum Einschlafen kommt. Der Stil ist leider nicht so, daß er mit dem Inhalt veröhnen könnte. Der Vater Theodor schrieb zweifellos ein besseres Deutsch. Schon in der Einleitung, die im Frühjahr 1914 entstand, heißt es:

Und das Schlimmste ist: Der Wille zur Macht ist in unserm Volke vor allem aber in unserer Regierung nicht lebendig genug. Kriegsfurcht, Friedenssehnsucht und Genußsucht beherrschen fast alle Gesellschaftskreise, und selbst der Stolz fehlt uns, den

sich vor fremdem Machtpruch nicht beugen will. Niemand mehr, wenn wir vom Gegner bedroht werden, fährt die deutsche Hand nach dem Griff des Schwertes, das unsere Ähnen so gewaltig zu schwingen wußten, und der Ausdruck des berechtigten Stolzes wird gebrandmarkt als Kriegsbegehr und Säbelraseln. Es ist unter solchen Verhältnissen nicht zu verwundern, daß gerade der Kreise, die eine tapferere nationale Gesinnung auszeichnet, tiefe Verbitterung sich bemächtigt hat, und daß andere zu der Ansicht gelangen, wir sollten nicht mehr erstreben, als wir ohne Gefahr erlangen können, uns also mit der europäischen Stellung begnügen, die wir heute einnehmen."

Das war 1914! So empfanden die Alldeutschen vor dem Kriege. Machtpolitik, Krieg um jeden Preis für das berühmte "größere" Deutschland, über dessen Grenzen vor den erlauteten Nachbarländern ganz offen gesprochen wird. Wenn man sich heute die dauernden Heereien und Brandreden der Vorkriegszeit vor Augen hält, weiß man nicht, was bei den Alldeutschen damals imponanter war: die Weltfremdheit oder die Anmaßung.

1911 schreibt der angehende Weltreisende von Nord des "Derfflinger" an seinen Freund über Marokko:

"Hätte der Kaiser gerufen: die ganze Nation wäre in einheitlicher Begeisterung solchen Ruf gefolgt. Eine tiefe Entmutigung hat sich aller national gesinnten Kreise bemächtigt."

Leider Gottes fehlte damals, ebenso wie im Kriege, der Staatsmann, der diesen vom Größenwahn verblendeten und vom tollen Soldaten gebissenen Amateurpolitikern ein Duos ego zugerufen und ihr staatsgefährliches Handwerk gebrandmarkt hätte.

Auf der kurzen Strecke von Hamburg bis Rotterdam bekämpfte der General erst England:

"Die Sache müßte so eingeleitet werden, daß England gezwungen würde, uns anzugreifen!"

— ein kleiner Maccabäer in Generalshosen! Dann befreit er die Ostseeprovinzen durch einen siegreichen Krieg gegen Rußland und siedelt deren Bevölkerung längs der preussischen Ostgrenze an, wofür er einen entsprechenden Teil der slavischen Bevölkerung "abschiebt" und die so kolonisierten Volksteile an Preußen anschließt.

Auch den polnischen Quertreibereien würde mit einer solchen Gewaltmaßregel wirksam entgegengearbeitet."

Dann läßt er Österreich einen siegreichen Krieg führen und sagt bedauernd im Hinblick auf die 1911 verpasste Gelegenheit:

"Wie hätte ein europäischer Krieg in diesen Fragen klärend und erfrischend gewirkt und den haasserhaltenden Tendenzen zum Siege verholfen!"

Noch eine solche Erfrischung, und die Welt ist ein Trümmerhaufen, auf dem der reich-fröhliche Krieg ja dann ad infinitum weitergeführt werden kann.

Den Friedenspalast in Haag überzieht er mit heissem Hohn. Er findet das Gebäude

"charakterlos wie die ganze unmännliche politische Richtung, der es seine Entstehung verdankt: ein Denkmal der Schwäche einer traurigen Epochenzeit, der Wille und Fähigkeit zu großen Taten fehlen."

Ein ganzes Kapitel: "Deutsche Kontinental-Politik" folgt, und die Tendenz ist auch hier wieder: Präventivkrieg.

Wir müssen im günstigen Augenblick selbst die Machtfrage stellen. Die Sicherung unserer europäischen Stellung ist nur zu erreichen durch Blut und Eisen."

Schließlich erhebt er drei Forderungen: 1. Erweiterung unseres Randbesitzes. 2. Erweiterung unserer Küste in der Nordsee; freie Ausfahrt nach dem Atlantischen Ozean. 3. Politischer Zusammenschluß mit Staaten, die uns auf dem Landwege überseeische Kolonialprodukte verschaffen können.

Für Punkt 1. fordert ein siegreicher Krieg gegen Rußland. Ab dafür Punkt 2. ist besonders schwierig, da er uns mit Holland, Belgien und Frankreich auseinanderbringt. Über Holland und Belgien waren ja früher Bestandteile des Deutschen Reiches, und ihrer Weisheit nach sind die Holländer ebenso deutsch wie die Flamen und die Schweizer. Also rein in den Deutschen Bund.

um die militärische und maritime Macht des germanischen Mitteleuropas zu stärken."

In anderer Stelle heißt es:

"Den Krieg im günstigen Augenblick herbeizuführen, ist Sache der Staatskunst."

Hier hätte Bernhardt hinzufügen können, wie einst Michaelis: "so wie ich sie auffasse."

Auf der Fahrt von Antwerpen durch die Wiscaya bemüht er sich, die ethnische Berechtigung des Krieges zu beweisen. Da jede Entwicklung als Kampf erscheint, so ist dieser Kampf auch sittlich gerechtfertigt und ein notwendiges Mittel der Entwicklung. Wer daher den Krieg an und für sich als Mittel der Entwicklung bewirkt, steht nicht mit den "wichtigsten und unumstößlichsten Lebensgesetzen in Widerspruch."

Wenn Anblick der portugiesischen Küste stellt Bernhardt den "geistlichen und demoralisierenden Einfluß der katholischen Kirche" fest und schlägt vor, Portugal seine Kolonien abzugeben, die zwischen England und Deutschland zu teilen wären. Der berühmte Ritter von La Mancha, der einst auf den steinigten Hochflächen Spaniens gegen Windmühlen antritt, war ebenso wirkliche Kämpfer, aber immerhin harmloser als dieser politische General, dessen Bücher das feindliche Ausland mit Vorliebe zu zitieren pflegte.

In Gibraltar stellt er sofort fest, daß die Festung gegen moderne Artillerie von Land aus nicht einen Tag zu halten ist, und beim Anblick des lichten Meeres, in dem der Himmel erstrahlt, gedenkt er voll Bewunderung des deutschen Himmels, der trübe und bewölkt ist — und

kein Sturmwind will sich erheben, der die Atmosphäre reinigt und erfrischt."

Der Sturmwind ist gekommen, Herr General — aber 1914 waren wir trotzdem zweifellos reiner und frischer als heute.

Französische Truppen in Marseille gefallen dem General nicht sonderlich.

Die Disziplin scheint weniger auf einer festen unerfütterlichen Ordnung und dem moralischen und geistigen Übergewicht der Offiziere zu bestehen, als vielmehr auf einer Art Abkommen zwischen Vorgesetzten und Mannschaften, auf einer Art freiwilliger Unterordnung der letzteren, die ihre sehr bestimmten Grenzen hat."

Das ist doch eigentlich gar nicht schlecht: diese auf Einsicht beruhende freiwillige Unterordnung, will mir scheinen!

Das Kapitel "Feldherrnkunst" spricht von der

"den Friedenslust, die heute von imponanten Geistern für die Höhe der Kultur ausgegeben wird."

Später wird gefordert, daß Politik und Krieg einheitlich geleitet werden müssen aus Einem Geist und mit Einem Willen. Und zwar muß das Urteil des Herrführers das entscheidende sein — denn die militärische Macht ist in allen Fragen der äußeren Politik schlechthin das einzig Entscheidende. Bismarck, Clemenceau und Lloyd George dachten über diesen Punkt anders.

Das Kapitel über Staatskunst schließt mit dem Kriege gegen England, denn ein Zusammenstoß und eine Auseinandersetzung mit diesem Lande wird

„von dem weit überwiegenden Teil des deutschen Volkes als Notwendigkeit empfunden.“

Diese gefährliche Verblendung hat schließlich zu dem Kriege geführt, den die denkenden Deutschen und fast alle Auslands-Deutschen mit größter Sorge kommen sahen.

Bernhardt jedoch gelangt in seinem Buche zu dem Ergebnis, daß England den Höhepunkt seiner Macht überschritten hat — und vielleicht sind wieder, wie im alten Rom, die „deutschen Germanen berufen...“ Dann schmäht der alte Berufssoldat, also selbst Soldner, das englische Soldnerheer, wirft Kitzenger geistlosen, rohen Schematismus vor und versteigt sich endlich bei der Beurteilung des Generals French zu folgendem amüsanten Satz:

„Aus dem Rahmen der allgemeinen militärischen Unfähigkeit ragt eigentlich nur General French hervor, vielleicht weil er jüdischer Abstammung, also eigentlich kein Engländer ist.“

Schade, daß Lubendorff nicht auch jüdischer Abstammung ist. So geht die Reise weiter. In Tsingtau stellt der General die übrigens bekannte Tatsache fest, daß die Festung im Kriegsfall unüberwindlich verloren ist, da die Befestigungen zu schwach und so handgreiflich verfehlt sind, daß jeder Spaziergänger ihre Fehler erkennen kann. In diesem Punkt hat die Geschichte ihm leider recht gegeben, und es wäre ganz interessant, zu erfahren, was Tsching, auf dessen Initiative die Befestigung von Tsingtau zurückzuführen ist, sich eigentlich dabei gedacht hat.

In dem Kapitel über China geht es dem Auswärtigen Amt und der deutschen Diplomatie nicht gut. Als Muster wird ihnen die Marine vorgehalten. Ebenso wird im Kapitel „Küstenkunst“ der Witabo gelobt auf Kosten des deutschen Kaisers.

„Dessen Friedenspolitik hat uns einen Weltkrieg nahegebracht, der eine Welt von Feinden gegen uns vereinigen wird.“

Der Monarch — sagt Bernhardt — muß Selbsterkenntnis, Pflichtgefühl und Arbeitsfreudigkeit besitzen und sich hauptsächlich vor Eitelkeit hüten. Auf wen mag das wohl gehen?

In Amerika gefallen dem Reisenden die spanisch-deutschen Mischlinge des Westens besser als die englisch-jüdische Mischung des Ostens, und schließlich kommt er auch hier zu dem Schluß:

„Ein großer Krieg ist das, was der nordamerikanische Freistaat braucht.“

Das also auch!

Aus dem Kapitel „Republik und Monarchie“ nur einen Satz:

„Während in Frankreich und England das materielle Interesse einzelner Gruppen herrscht, erstrebt Deutschland eine gerechte, auf sittlichen Forderungen beruhende Staatsleitung.“

Die gleiche, sehr ehrenwerte und brave, aber kurzfristige Unterschätzung ethischer Eigenschaften anderer Völker im Vergleich zum deutschen finden wir in dem Abschnitt: „Deutsche Weltpolitik.“ Hier wird Bethmann Hollweg hart angegriffen und sein Brief an Lamprecht vom dreizehnten Juni 1913 zerpflückt.

## Politische Neuigkeiten. Briands Verteidigung.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer erklärte Briand:

Während der Beratungen über den Friedensvertrag hat eine interalliierte Kommission die oberösterreichische Frage geprüft, und diese ist einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Oberösterreich Polen zuzusprechen. Auf Gegenberträge Deutschlands hin hat der Oberste Rat, den Interessen Polens entgegen, eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht der Polen zu rechtfertigen. Bei der Volksabstimmung aber haben 180 000 in Oberösterreich geborene Deutsche mitgestimmt. Frankreich habe niemals die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen werden müssen. Nach dieser Richtung hin sei er mit dem englischen Premierminister vollkommen einig.

Wenn in den Minenbezirken die polnischen Arbeiter die Mehrheit der Stimmen hätten, dann müßten diese Stimmen beim Votum den Ausschlag geben. Nach einem Krieg, wie dem letzten, habe man einem Lande wie Polen, das Leben gegeben. So sei es nur natürlich, daß man auch daran denke, ihm seine Existenzmöglichkeit zu geben. Der Zugang zum Meer durch Preußen hindurch genüge aber nicht. In den Bergwerksbezirken Oberösterreichs habe Polen nicht nur die gesamte Mehrheit, sondern auch die Mehrheit nach Stimmen erlangt. Briand gibt zu, daß die Militärs vielleicht nicht ganz geeignet seien, um in voller Gerechtigkeit die Bestimmungen des Vertrages zu würdigen und um eine Grenzlinie zu ziehen. Briand ging alsdann auf den Ursprung der Unruhen ein und sagte, die Polen seien erregt gewesen, weil sie geglaubt hätten, sie könnten das Opfer getroffener Abkommen sein.

Frankreich habe 12 000 Mann in Oberösterreich. Diese hätten die bedrohten Deutschen beschützt. Die Ordnung sei wieder hergestellt. Alle Welt müsse davon befriedigt sein. Er habe Deutschland zu erkennen gegeben, wenn es Truppenbestände nach Oberösterreich entsende, wozu, wie er wisse, eine gewisse Geneigtheit bestanden habe, wohl ernste Ereignisse hervorzurufen würden. Die deutsche Regierung habe begriffen. Auch der französische Botschafter in Berlin habe klare Informationen erhalten. Er selbst habe gestern den deutschen Botschafter gebeten, ihm einen Besuch abzustatten. Er habe ihn auf die ernste Lage hingewiesen und gesagt, wenn nicht in kurzer Frist die deutschen Abteilungen entzogen würden, wenn die Urheber der Unruhen nicht nach den deutschen Strafgesetzen bestraft würden, wenn die deutsche Grenze nicht gesperrt werde, dann könne die Lage gefährlich werden. Die deutsche Regierung habe nunmehr mitgeteilt, daß alle Maßnahmen angeordnet seien und der preussische Minister des Innern die Sicherheitspolizei entsandt habe, um die gegebenen Anweisungen auszuführen zu lassen. Er danke heute aufrichtig, daß Dr. Wirth, der sich auf eine andere Mehrheit stütze, als die letzte Regierung, bis jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und einer großen Loyalität gegeben habe. Er habe nicht nur seine Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen. Vielleicht habe er die Macht, die es ihm gestatte, Vertrauen zu haben. Briand sagte alsdann, er habe seine Politik erläutert, er übernehme seine Verantwortlichkeit, die Kammer müsse die ihre übernehmen. Eine andere Politik wolle er nicht mitmachen, ohne dringende Notwendigkeit.

Briand fuhr dann fort, er sei beauftragt, den Friedensvertrag von Versailles anzuwenden. Er wundere sich, daß man ihm Schwäche im Gebrauch dieses Instruments vorwerfe. Er habe alle Verpflichtungen gegen das Parlament namentlich durch die Besetzung der Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg erfüllt. Er, Briand, würde stark beklagt werden, wenn er das Ruhrgebiet besetzt hätte. Aber diese Art der Popularität habe er niemals gesucht. (Beifall links und in der Mitte, auf der rechten Seite wird Briand lebhaft unterbrochen, was Protokollredakteur von links hervorruft.) Briand forderte die Kollegen auf, zwischen den beiden Arten von Politik zu wählen. Die für ein isoliertes Frankreich seien hätten zu bedenken, daß 200 000 Mann vor dem Ruhrgebiet ständen, das innerhalb von

8 Stunden besetzt werden könne. Er frage sich, was erfolgt wäre, wenn man nicht das Abkommen von London getroffen hätte, das das Interesse Frankreichs sicher stelle und wenn er zurückgekehrt wäre mit der Erklärung, Frankreich sei isoliert. Man sage, wenn man Frankreich betrete, müsse man erklären: Ich will, und wenn der andere sich nicht beuge, dann müsse man ihn brechen. „Prüfen Sie Ihr Gewissen!“ ruft Briand unter Beifall der Linken und der Mitte und fuhr dann fort, es sei ihm bis jetzt gelungen, die Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten. „Kein Volk könne mehr isoliert leben. Er freue sich, daß das ganze Land ruhig bleibe. Die parlamentarischen Institutionen gestatten jedem, seine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Man könne nicht glauben, daß die Stunde Frankreichs schon vorüber gegangen sei, wenn man an die augenblicklichen Streitkräfte am Rhein denke. Er steige von der Tribüne herab, indem er sagte:

Die Stimme Frankreichs sei gehört worden. Besonders würdige man die Festigkeit und Mäßigkeit Frankreichs. Deshalb werde er, solange er an der Spitze Frankreichs stände, nicht auf die Politik der Festigkeit und Mäßigkeit verzichten. (Lebhafter Beifall in der Mitte und auf der Linken, sowie auf einigen Banken rechts und auf der äußersten Linken.)

## Oberschlesien.

Wie bereits mitgeteilt wurde, hat der deutsche Botschafter Mayer gestern dem französischen Ministerpräsidenten Briand besucht; es wurde bei dieser Gelegenheit über die oberösterreichische Frage verhandelt. Auch in Berlin vorliegenden offiziellen Blätterstimmen wies Herr Briand den deutschen Betreuer nochmals eigens darauf hin, daß die deutsche Regierung sich jedes Angriffs in Oberschlesien enthalten müsse, falls sie sich nicht Strafmaßnahmen durch die Alliierten aussetzen wolle. Vielleicht übertreiben die Pariser Stimmen etwas die drohende Sprache, um der nationalen Eitelkeit eine Genugtuung zu verschaffen, aber man wird nicht zu bezweifeln brauchen, daß der Botschafter auf den Ernst der Lage hingewiesen wurde. Dagegen ist laut „Frkf. Ztg.“ an ausländiger Stelle nichts davon bekannt, daß Herr Dr. Mayer ein Ultimatum übergeben worden sei, in dem das sofortige Inkrafttreten von Sanktionen wegen deutscher Angriffshandlungen angedroht werden soll.

Übrigens bleibt auch ohne ein Ultimatum die Situation sehr ernst, da an dem Willen Frankreichs, jede unbedachte Handlung Deutscher gegen uns auszunutzen, nicht zu zweifeln ist. Es war darum notwendig, daß der Reichspräsident auf Antrag des Kabinetts eine scharfe Strafandrohung gegen die Beteiligung an Verbänden militärischer Art erlassen hat, die folgendes besagt:

§ 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststelle Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafen bis 100 000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Die Grenze nach Oberschlesien ist seit gestern durch die Schutzpolizei vollständig gesperrt.

## Die bayerischen Einwohnerwehren.

Im Laufe des gestrigen Tages hielt die Landesleitung der Einwohnerwehren wichtige Besprechungen mit den Vertretern der Gau- und der Kreisleitungen ab, in denen die Maßnahmen erwoogen wurden, die namentlich infolge des Zwanges der allgemeinen politischen Lage von der Leitung der Einwohnerwehr zu ergreifen sind. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, die von dieser Tatsache Kenntnis gibt, begleitet ihre Mitteilung mit einem Kommentar, der erkennen läßt, daß die verantwortlichen Instanzen der Regierung wie der Einwohnerwehrenleitung in der Erkenntnis ihrer Pflicht gegenüber dem Reich und in dem ersten Willen, diese zu erfüllen, namentlich vollkommen einig sind, daß sie aber auch die Schwierigkeiten in Rechnung stellen, die sich bei der Entwerfungsmäßnahme möglicherweise ergeben können. Die Korrespondenz sagt: Die Einwohnerwehr habe es wiederholt zurückgewiesen, selbständig und unabhängig politische Ziele zu verfolgen. Die verantwortliche Leitung habe jederzeit Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Einwohnerwehr ausschließlich Hilfsorgan der verfassungsmäßigen Staatsleitung sei, der allein die Festlegung der Staatspolitik aufstehe. Trotz dieser grundsätzlichen Beschränkung, die so selbstverständlich für sie auch sei, nicht oft genug ausgesprochen werden könne, sei die politische Verantwortung für die Einwohnerwehrenführer immer noch sehr groß, denn von ihrer Autorität, von ihrem Gehorsam und ihrer politischen Einsicht werde es abhängen, ob die durch die politischen Notwendigkeiten aufgezwungene Entscheidung ohne allzu große Reibungen und vor allem ohne eine folgenschwere Erregung im Lande durchgeführt werden könnten. Aus diesem Grunde sei den Beratungen der Einwohnerwehren die größte Bedeutung beizumessen. Voraussichtlich würden morgen im Ministerrat entscheidende Beschlüsse fallen, mit denen sich die Koalitionsparteien dann in der zweiten Hälfte der Woche zu beschäftigen hätten.

Die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“ weist angedeutet der bevorstehenden Entscheidungen darauf hin, daß jetzt nichts übrig bleibe, als dem Zwange zu gehorchen, der nicht auf Bayern allein, sondern auf das ganze Reich gelegt sei. Man werde der Reichsregierung auch vom bayerischen Standpunkt zuzustimmen müssen, daß sie die Aufgabe, die ihr der Zwang der Feinde auferlege, mit Takt und ohne irgend eine Koreingewinnlichkeit gegen Bayern zu lösen bemüht sei. Man wisse aber auch, daß guter Wille auch bei der bayerischen Regierung vorhanden sei. Das Organ der bayerischen Demokraten erinnert an das Wort des Herrn von Kahr, daß er mit der Einwohnerwehr stehe und falle. Es trete dem Ministerpräsidenten nun die vis major entgegen, vor der er als Mann, der seinen Standpunkt bis zu den letzten Möglichkeiten durchgefochten habe, in Ehren die Waffen strecken dürfe. Herr von Kahr werde auch der Einwohnerwehr am besten dienen und am sichersten sein Ziel, dem Lande Ruhe und Ordnung zu erhalten, verwirklichen, wenn er in der Zeit, die in erster Linie Stärke, Opfermut und politische Reuerkunst verlange, auf seinem Posten bleibe.

## Deutschland und China.

Ein chinesisches-deutsches Abkommen wurde am 20. Mai in Peking unterzeichnet. Es soll als Grundlage für einen Separatfrieden zwischen diesen beiden Ländern dienen, da China den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet hat.

Zu dem chinesisch-deutschen Abkommen meldet die Havas-Agentur aus Peking weiter: Deutschland verpflichtet sich, China alle Vorteile aus dem Friedensvertrag von Versailles anzuerkennen, erklärte sich aber außer Stande, China die Konzessionen in Schantung zurückzuerstatten. Der Vertrag sei auf den Grundbesitz der Grenzfestigkeit und der Weisheitsgünstigkeit aufgebaut. Deutschland verpflichtete sich in einem Zusatzabkommen China die Internierungskosten für die Deutschen zurückzuerstatten und die Amnuitäten zu bezahlen, die der Friedensvertrag von Versailles vorsehe. Die chinesische Regierung ihrerseits verpflichtete sich, die Liquidierung der deutschen Vermögen einzustellen und den Erlös der liquidierten

und sequenzierten Güter zurückzuführen, ferner den alten deutschen Patenten wieder Geltung zu verleihen und ein neues Abkommen mit der Deutsch-Russischen Bank zu treffen.

### Der Völkerbund Harding's.

Nach einem Kabellegramm der "Chicago Tribune" aus Washington ist dort gestern abend bekannt geworden, daß der Völkerbund der Vereinigten Staaten, Harding, in großen Zügen den Harding'schen Plan für einen neuen Völkerbund entwickelt hat, der dazu bestimmt ist, den gegenwärtigen Völkerbund zu ersetzen. Dem Harding'schen Völkerbunde liegt im allgemeinen der Plan der Haager Konferenz zugrunde. Er betrifft die Errichtung eines Weltfriedensgerichtshofes, wo die Streitigkeiten in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht behandelt und entschieden werden können, während Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sein sollen. Harding hat Anweisung erhalten, den Wunsch der amerikanischen Regierung darzulegen, daß die interessierten Mächte sich im Voraus äußern möchten.

### Die Aussichten der Weltermte.

DZ. Bis jetzt sind die Gesamtaussichten der Welt für das Brotgetreide befriedigend, doch hängt es natürlich von der Gestaltung der Witterung ab, ob sich die bisherigen Hoffnungen erfüllen werden.

In Europa sind die Ernteausichten noch durchschnittlich befriedigend. In England lauten die Urteile günstig, wenn auch neuerdings durch kältere Witterung die Saaten im Rückstand geblieben sind. In Frankreich hat der offizielle Saatenstandsbericht für April den Ausichtsstand des Wintergetreides schlechter angegeben als vor einem Jahre. Inzwischen haben sich infolge der günstigen Wetterverhältnisse die Aussichten beträchtlich gebessert. Aus Amerika lauten die Urteile über die Ernte vorwiegend günstig.

In den Vereinigten Staaten ist bis jetzt eine zwar recht befriedigende, aber doch nicht ganz so große Ernte zu erwarten, als man zu Beginn des Frühjahres angenommen hatte. Von Kanada hört man nur Gutes.

### Kurze polit. Nachrichten.

\* Die Insel Yap. Wie aus Washington gemeldet wird, sind maßgebende Kreise der Ansicht, daß sich die Lage mit Bezug auf den Streit um die Insel Yap befriedigend entwickelt, und daß man der Regelung dieser Frage näher rückt.

### Badische Uebersicht.

#### Die Fleischbeschau bei Liebesgaben-sendungen.

\* Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Am die Ausföhrung von Liebesgaben-sendungen, die Fleischwaren enthalten, an die Empfänger zu beschleunigen, ist durch den Reichsminister des Innern bis auf weiteres zugelassen worden, bei derartigen vom Ausland in Postpaketen eingehenden Sendungen ohne Rücksicht auf die Gewichtsgrenze von der allgemeinen Fleischbeschau abzugehen und die Untersuchung lediglich auf die Ausföhrung der Trichinenschau zu beschränken.

Da in Baden die Trichinenschau nicht allgemein vorgeschrieben ist und Trichinenschauer nur an einigen öffentlichen Schlachthäusern und an den Auslandsfleischbeschaustellen vorhanden sind, ist im Einverständnis mit den zuständigen Reichsbehörden abweichend von der erwähnten Vorschrift für Baden angeordnet worden, auch von der Untersuchung auf Trichinen Abstand zu nehmen, wenn Trichinenschauer ohne weiteres nicht zur Verfügung stehen. Dagegen soll bei der Vollabfertigung von Postpaketen, die trichinenschaupflichtige Schweinefleischwaren, insbesondere amerikanischer Herkunft, enthalten, den Empfängern dringend angeraten werden, die Sendungen wegen der Trichinengefahr zunächst dem zuständigen tierärztlichen Beschauer zur Untersuchung zuzuföhren, auf alle Fälle aber Speck oder Schweinefleisch dieser Art vor dem Genuß abzulochen, um Gesundheitsgefährdungen zu vermeiden. Wenn bei der tierärztlichen Untersuchung Trichinen festgestellt werden, sind die betroffenen Fleischteile nach vorchriftsmäßiger Brauchmachung den Empfängern der Sendungen freizugeben.

### Karlsruher Kammermusikfest.

Am dritten Abend des Karlsruher Kammermusikfestes waren Schubert, Schumann und Brahms mit je einem Quartett vertreten. Die Werke gehören zum Stammgut deutscher Kammermusik. Sie sind urdeutsch in ihrem romantischen Gewande. Die Durchsichtigkeit ihres Aufbaus, der melodische Reichtum, die kunstvolle Thematik, der romantische Gaud, der aus den Tönen zauberhaft aufsteigt, sind Vorzüge, die ihnen eine große Beliebtheit beim breiten Publikum verschafft haben. Der Wiedergabe durch die Mose-Quartette dürfte man sich mit schmerzlichen Sehnen hingeben. Die Soffigkeit des Klanges, die Dichtigkeit der sich verwebenden Stimmen, die zarte Innigkeit im Ausdruck, das leuchtende Aufftrahlen der Farbenpracht, die rhythmische Präzision und Beweglichkeit und die dynamische Einheitlichkeit waren so vollkommen, daß die geheimsten Schönheiten dieser musikalischen Kleinodien entbunden wurden.

Und nun der letzte Abend! Er sollte mit Reger und Schönberg auslingen. Aber das Publikum wollte nicht. Reger hätte man vielleicht noch hingelassen. So weit fortgeschritten ist schon ein Teil der Sörel. Aber Schönberg ist zu problematisch. Die Aneignung ist begrifflich, und daß man die 3 Razonow'sky-Quartette vorzieht, sicherlich ein Zeichen guten Geschmacks. Und doch ist dieser Mangel an Fortschrittswillen bedauerlich, ja eine Schwäche. Man fürchtet den geistigen Kampf mit den Problemen, vor die die neue Musik den Hörer stellt. Man bleibt lieber in wohlvertrauten Kunstregionen, dann weiß man, was man hat. Das ist Spieherstandpunkt.

Gespielt hat das Mose-Quartett im übrigen auch an diesem letzten Abend mit wunderbarer Wertschätzung des Ausdrucks, vollendeter Konsistenz und fast einzigartigstehender Übereinstimmung in Rhythmus und Dynamik. Hugo Koller.

Vollsbühne. Am Montag, den 31. d. M., findet in der Festhalle das letzte volkstümliche Konzert dieser Spielzeit (K 6) statt. Es ist wiederum ein Sinfoniekonzert, angeführt durch das Orchester des Landes-theaters unter Leitung von Herrn Kapellmeister Lorenz. In dem Konzert wirken mit: Frau von Ernst, Herr Stranger und der Frauenchor des Landes-theaters. Das Programm ist eine Ergänzung und Fortsetzung des Romantiker-Abends.

### Landesversammlung des Kleinrentnerbundes.

B. Die badische Landesversammlung des deutschen Kleinrentnerbundes hielt am Samstag im großen Rathhause zu Baden-Baden ihre zweite, von ungefähr 150 Mitgliedern (darunter vorwiegend Frauen) besuchte Tagung ab. Die Verhandlungen wurden von der Vorsitzenden der Ortsgruppe Baden-Baden, Frau Berta Rau, eröffnet, die über die Existenzberechtigung, Bedeutung und das bereits Erreichte der Bewegung sprach, rege Föhrungnahme mit Staat und Gemeinden durch persönliches Vorgehen und auf dem Instanzenweg vorschlug und als wesentlichen Punkt die Unterstützung des Ministers a. D. Dietrich anführte, der ihr in persönlicher Unterredung empfohlen habe, eine neue Eingabe an den Reichstag zu machen, die für völlige Steuerbefreiung des kleinen Vermögens (unter 10 000 M.) und des Besitzes (unter 100 000 M.) eintritt, eine Forderung, die er jederzeit befürworten werde. Der Rentnerbund wolle nicht betteln, er kämpfe um sein gutes Recht.

Der Vorsitzende des badischen Landesverbandes des Deutschen Rentnerbundes, Dr. Wegener-Freiburg, referierte über wirtschaftliche und organisatorische Fragen, stellte die zunehmende Stofkraft der Bewegung fest, die auf dem Wege des Rentenbarlehens, der Rentneranleihe, der unbedingten Sicherung eines erhöhten Existenzminimums und Festsetzung einer erweiterten steuerfreien Grenze ihre weitere Sicherung erfahren müsse. Wie es ein Recht auf Arbeit gebe, gäbe es auch ein solches und weit wichtigeres auf Existenz und auf die Hilfe des Staates. — In der sich anschließenden Aussprache berichteten Dr. Knaut-Konstanz, Med.-Rat Dr. Blume-Karlsruhe, Oberrechnungsrat Kriebitz-Heidelberg über die örtlichen Verhältnisse in ihren Städten. Außer ihnen waren noch die Städte Baden-Baden, Badr., Offenburg, Freiburg, Mannheim und Überlingen vertreten. Als größte Ortsgruppe wurde Heidelberg mit 720 und als zweitgrößte Freiburg mit 450 Mitgliedern festgestellt. Beschlössen wurde, auf die Abhaltung einer Bundesversammlung hinzuwirken. Ein gemeinsames Beisammensein beschloß die Tagung.

### Aufgefundenes Geld.

\* Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Es wurde aufgefunden im März d. J.: am 24. März im Zug 14 ein Geldbeutel mit 113 M. abgeliert in Wallbura; im April: am 7. auf dem Bahnhof Freiburg ein Geldbeutel mit 6 M.; am 9. auf dem Bahnhof Weiler-Ottenhausen ein Geldbeutel mit 5,20 M. und 4,95 M. Stadtgeld, abgeliert in Gillingen; am 10. im Zug 944 ein Täschchen mit 10 M.; abgeliert in St. Ngen; am 13. auf dem Bahnhof Freiburg der Betrag von 25 M.; am 13. im Zug 6037 ein Notizbuch mit 41 M.; abgeliert in Willingen; am 14. im Zug 755 ein Geldbeutel mit 70 M., abgeliert in Mannheim; am 15. auf dem Bahnhof Gerbach der Betrag von 10 M.; am 15. auf dem Bahnhof Emmendingen ein Geldbeutel mit 10,89 M.; am 16. auf dem Bahnhof Oppenau der Betrag von 50 M.; am 16. auf dem Bahnhof in Walsch der Betrag von 50 M.; am 16. im Zug 1402 ein Geldbeutel mit 40,20 M. und 66 Gts., abgeliert in Konstanz, am 16. im Zug 482 ein Täschchen mit 7,05 M., abgeliert in Reders, am 17. im Kraftwagen, Fahrt 1, Säckingen-Nidenbach ein Geldbeutel mit 22,60 M. und 19 Gts., abgeliert in Säckingen; am 18. im Zug 1480 ein Geldbeutel mit 15,70 M., abgeliert in Nahr-Stadt; im 19. im Zug 1437 ein Geldbeutel mit 76,40 M., abgeliert in Radolfzell; am 20. im Zug 390 ein Geldbeutel mit 69 M., abgeliert in Redersgeminde; am 20. im Zug 933 der Betrag von 50 M., abgeliert in Heidelberg; am 26. auf dem Bahnhof Nastatt eine Briefmappe mit 453 M.; am 28. im Zug 1312 ein Täschchen mit 8,25 M., abgeliert in Karlsruhe; am 29. im Zug 375 der Betrag von 20 M., abgeliert in Oberburken; am 29. auf dem Bahnhof Nastatt der Betrag von 20 M.

### Aus der Landeshauptstadt.

Gegen die Einreichung der Stadt Karlsruhe in die Ortsklasse B. Am Saale des Friedrichshofs fand gestern abend eine von den Groörganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter einberufene Protestversammlung gegen die Ortsklasseneinteilung von Karlsruhe statt. Der Referent Postfretär Hansbach legte die Gründe dar, die eine Einreichung Karlsruhes in die Ortsklasse A unbedingt gefordert hätten, vor allem die Lage Badens als Grenzland und die infolge dieser Lage herrschenden Anzutraglichkeiten, die zu einer Teuerung geföhrt hätten, wie sie selbst in München, Stuttgart und Berlin nicht

herrsche. Der Redner gab der Meinung Ausdruck, daß die badische Regierung in Berlin nicht energisch genug aufgetreten sei und forderte von ihr, daß sie nunmehr mit allen Kräften für die Einreichung in die Ortsklasse A eintrete. Dem gleichen Wunsch richtete er an die badische Reichstags- und Landtagsabgeordneten.

In der Aussprache wurde die Regierung zum Teil in heftiger Weise angegriffen.

Der Vertreter des Finanzministeriums Geh. Rat Zimmermann legte demgegenüber den Standpunkt der Regierung dar, die mit der Versammlung in dem Wunsch nach einer Höher-einstufung Karlsruhes durchaus einig gehe und von Anfang an verlangt habe, daß Karlsruhe unbedingt in die Ortsklasse A eingereiht werde, wenn München und Stuttgart in A verbleiben sollten. Die Regierung habe seinerzeit auch sofort nach Bekanntwerden der vorläufigen Regelung der Ortsklasseneinteilung einen entsprechenden Protest nach Berlin gerichtet und ihren Reichsratsbevollmächtigten nach Berlin geschickt und ihren Reichsratsbevollmächtigten im gleichen Sinne instruiert. Nachdem der Reichstag das Notgesetz nun einmal beschlossen habe, müsse man energisch weiter arbeiten. Redner widerlegte die erhobenen Vorwürfe und sagte, die Regierung werde auch weiterhin ihre Pflicht tun. Sie werde gerne mit den Organisationen zusammenarbeiten, die dafür sorgen möchten, daß ihre besten Leute in den Gutachterausschuss in Berlin kommen. Nur gemeinsame Arbeit werde einen Erfolg versprechen.

Am Schluß der Versammlung wurde die folgende Entschlieöung angenommen:

„Die am 24. Mai in Massen versammelten Beamten, Angestellten und Arbeiter von Karlsruhe erheben schärfsten Einspruch gegen das Zurückbleiben der Stadt Karlsruhe in der Ortsklasse B des vorläufigen Ortsklassenverzeichnis. Sie sind empört über die ungläubliche Verleumdung der wirtschaftlichen und politischen Lage der badischen Landeshauptstadt durch die Reichsregierung und schreiben die Zurücksetzung von Karlsruhe hauptsächlich einer mangelhaften Vertretung der in jeder Hinsicht berechtigten Forderung auf Einreichung in die Ortsklasse A durch die maßgebenden badischen Regierungsstellen zu, gegen die sich in erster Linie die Erbitterung wendet. Soll nicht das Vertrauen der Beamten, Angestellten und Arbeiter zur Regierung auf gerechte Behandlung insbesondere im Hinblick auf die Einreichung der unter weit günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen stehenden Städte in die Ortsklasse A gänzlich schwinden, so erwartet die Gesamt-Beamten-, Angestellten- und -Arbeiterchaft, daß die Einreichung der Stadt Karlsruhe in die Ortsklasse A alsbald nachgeholt wird.“

### Staatsanzeiger.

#### Verordnung

über die erste Veranlagung der Körperschaftsteuer. Auf Grund des § 26 des Körperschaftsteuergesetzes vom 30. März 1920 (Reichsgesetzbl. S. 393) wird folgendes bestimmt:

#### § 1.

Die für die erste Veranlagung der Körperschaftsteuer abzugebenden Steuererklärungen müssen bei sämtlichen nach § 1 des Körperschaftsteuergesetzes der Körperschaftsteuer unterliegenden Steuerpflichtigen umfassen

1. das Einkommen der Geschäftsjahre (Wirtschaftsjahre), deren Ende in die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 fällt, oder, wo ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorliegt, das Einkommen des Kalenderjahres 1919,
2. das Einkommen der Geschäftsjahre (Wirtschaftsjahre), deren Ende in die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 fällt, oder, wo ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorliegt, das Einkommen des Kalenderjahres 1920.

#### § 2.

Die Steuererklärungen sind in der Zeit vom 1. Juni bis 31. Juli 1921, soweit jedoch am 31. März 1921 das Jahresergebnis durch die zuständigen Organe (Gesellschafterversammlung ufo.) noch nicht festgestellt war, binnen drei Monaten nach der Feststellung abzugeben.

Für jedes abgelaufene Geschäftsjahr (Wirtschaftsjahr) oder Kalenderjahr ist eine besondere Steuererklärung abzugeben.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist von der Ausstellung eines Steuererklärungsabdrucks nicht abhängig.

Berlin, den 22. April 1921.

Der Reichsminister der Finanzen.

Dr. Birtz.

Vorstehende Verordnung bringen wir zur Kenntnis.

Karlsruhe, den 24. Mai 1921.

Finanzamt.

### Buchkritik.

#### Lebenserinnerungen eines Gelehrten und Schulmannes.

Vor kurzem erschien in Dümlers Verlag (Berlin-Bonn) unter dem Titel „In zwei Welten. Aus den Erinnerungen und Wanderungen eines deutschen Schulmannes und Lexikographen“ (300 S.) ein ganz ungewöhnliches Buch, und zwar nach Inhalt und Form gleich ungewöhnlich. Verfasser ist der bekannte Herausgeber des „Lexikons der Pädagogik“, Professor Ernst M. Roloff in Freiburg. So fein und flott, fast so hinreichend geschrieben wie der beste Roman, bietet dieses Werk auch inhaltlich außerordentliches. Nicht das Hirngespinnst eines Dichters, sondern peinlich wahr und klare Selbstbekenntnisse eines nicht alltäglichen Menschen, eines glänzenden Geistes und tiefen Gemüts. Den möchte ich sehen, der nicht im Innersten gepackt wird, wenn sich vor seinen Augen das wunderbare Bild dieses merkwürdigen Menschenbildes entrollt, wenn er z. B. liest, wie der Verf. seiner Leibelig hat ringen müssen, um den Fortbestand seines schwächlichen Körpers, aber auch ringen, um die Gesunderhaltung seiner nicht minder zart besaiteten Seele inmitten tausendlei Gefahren und Nöten. Schon eigenartig verlaufen die Kinder- und Schülerjahre, besonders in religiöser Beziehung. Als Student der protestantischen Theologie liest M. wissenschaftlich nicht nur zu frühen seiner Fachprofforen, z. B. eines Rulhard und Delig in Leipzig und dann eines Carnad in Berlin, sondern greift frühzeitig und nach verschiedenen anderen Gebieten des Wissens und der Kunst, besonders nach Pädagogik, Philosophie und Geschichte. Bald sehen wir M. als Hauslehrer auf einem märkischen Rittergut amtierend und nebenbei kräftig Berliner Gosluff atmen. Was wir dann zu hören bekommen über seine Amtsföhrung, seine Beobachtungen und Erfahrungen im Schulwesen, Schüler- und Lehrleben, z. B. über Begeisterung, Betonung der Lehrerpersönlichkeit gegenüber dem „Moloch Lehrplan“, über gegenseitiges Vertrauen, Aufrichtigkeit, diesem Vorschlag jeder Erziehung, außerordentliches Verkeh zwischen Lehrer und Schüler, ist einfach glänzend und wert, alles in beachtet zu werden, zum Teil auch ganz überraschend neu für jene Zeit vor 30 Jahren. Aber es nagen seit den Studienjahren religiöse Seelenkämpfe am Mar des Lebens. Wenn die Begeisterung für den Beruf nicht leiden soll — und das darf je niemals, denn Erziehungsarbeit und Leben ist für M. dasselbe — dann hilft nur eins: Fort aus der Umgebung nach dem Süden, wo Geist und Leib gefunden können. Und so übernimmt er 1898 die Leitung der deutschen höheren Schule in

Kairo. Eine neue Welt eröffnet sich dem für Kunst, Wissenschaft, Kultur und Natur fast gleich begeisterten Feuerkopf im schönen Pharaonenlande und erst im benachbarten Palästina. Auf der Rückfahrt nach Rom trifft M. „zufällig“ zusammen mit dem deutschen P. Döbbing, dem späteren Bischof von Regensburg, und damit vollzieht sich sein Schicksal. Die Geschichte der sich entwickelnden Freundschaft zwischen diesen beiden liest sich geradezu romanhaft, fast ebenso die weitere Lebensgeschichte. Davon nur kurz sibieli: Meister „Zufall“ spielt ihm in Rom die greise Dichterin A. Jungst in die Hände, und auf deren Rat und Empfehlung zieht er nach München i. M., um sich als Privatdozent niederzulassen. Blödiich aber wird er als Fachredakteur des Herderischen Konversationslexikons nach Freiburg berufen, und da vollbringt M. in höchstem Fleiß und mit gründlicher Gelehrsamkeit und großer Lebenserfahrung und Weltkenntnis sein Meister- und Lebenswerk: Die Herausgabe seines „Lexikons der Pädagogik“ in 6 stattlichen Bänden. Im letzten Kapitel „Nachlese und Ausklang“ bekommen wir noch einen Gesamteinblick in den Charakter und das ungemein vielseitige und segensreiche Wirken und Schaffen des Verf., der beileibe nicht bloß ein bedeutender, endlich auch weit und breit angesehener Schulmann und Gelehrter ist (nicht umsonst wurde er mit nur wenigen als Einzelperson zur Reichsschulkonferenz berufen), sondern auch ein Künstler in mehrfacher Hinsicht, ein Mann, der vor allem die Kunst zu leben versteht. Was für eine Fülle von Lebensweisheit und Menschenkenntnis steckt doch in diesem Roloff-Buch! War es ihm auch verjagt, die erlebte Klosterknechtschaft zu kosten, so ist er doch zeit lebens ein stiller Klausner geblieben, auch mitten im Trübel der überlauten Gegenwart. Und so wandert und reist er auch am liebsten allein, sieht und erlebt dafür auch tausendmal mehr als gewöhnliche Dugendtouristen. Wohl hat M. auf das Glück einer eigenen Familie verzichtet, ihn verehrt aber doch eine zahlreiche Gemeinde von Jünglingen und Geistesjüngern als ihren väterlichen Freund und Gönner, als liebevollen Erzieher und Förderer. So ist M., ohne Priester zu sein, doch auch ein wahrer Seelsorger und Seelenführer geworden. Wenn er auch mit umhergehender Freude und echt preußischem Selbstbewußtsein von seinen erzieherischen und sonstigen Erfolgen im Leben erzählt, so hat man doch niemals den Eindruck des bloßen Ruhmredens, wie so oft in Lebenserinnerungen. Nur schade, daß man dem Verfasser nicht wirklich auch persönlich kennen darf aus einem guten Bildnis. Sonst hat der Verlag das Buch sehr gebiegen hergestellt, so daß es sich auch gut eignet zu einem gar feinen Geschenk für liebe Bekannte.

Prof. Dr. Bertzsch, Schwetzingen.

# „Oberschlesierhilfe.“

In der Stunde der bittersten Not Oberschlesiens, wo schließlich alles auf dem Spiele steht, ergeht der Ruf an die deutschen Brüder und Schwestern um Hilfe. Die Ereignisse in Oberschlesien treiben der Entscheidung zu. Das Land durchlebt seine schwersten Stunden. Tausende von Oberschlesiern haben ihr Leben lassen müssen, nur aus dem Grunde, weil sie deutsch gewählt haben. Tausende sind von Haus und Hof verjagt und stehen mittellos da. Die Geldmittel sind erschöpft, die Not ist groß, es geht um das Letzte. Spenden sind dringend erwünscht und sind zu richten an: **Sächsisch-Deutsche Diskontogesellschaft**, Postfachkonto 3900, Karlsruhe. Konto der Ortsgruppe heimattreuer Oberschlesier. R. 236

Sieben erschienen:

## Geldwertung, Grund- und Hausrente

Grundsätzliches zur Befundung der Staatsfinanzen und der Wohnkultur  
Das Kleinrentnerproblem

Von

**Max Grande**

Ingenieur in Mannheim

Preis 5 Mark

**Inhaltsverzeichnis:** Die Aufgabe. — Gebäudefälligkeit und Selbstversicherung. — Ware und Boden bei freier Wirtschaft. — Ware und Immobilien unter Zwangsverwaltung (Vorkaufrecht). — Die Fälligkeit des Preisbundes (Preisbau und Preisverkauf). — Die gebundene Geldrente und ihre Mobilisierung. — Die Sozialisierung der Grundrente. — Vergrößerter Wert der Bodenrente und ihre Korrektur (Befreiung der Differential-Grundrente). — Gemeinde und Hypothek. — Die Kleinrentnerfrage. — Forderungen. — Maßnahmen für die Befreiung der Immobilien. — Schlusswort.

Die Schrift geht von der Erkenntnis aus, daß die Geldwertung in einem bestimmten, heute noch nicht bekannten Ausmaße, Dauerzustand sein wird.

Die Boden- und Häuserwerte können nicht dauernd durch Zwangswirtschaft verhindert werden, sich dem allgemeinen Geldwert anzupassen. Der Verfasser behandelt aus bodenreformatorischer Grundauffassung heraus in gedrängter, leicht verständlicher Form das Problem, die entstehenden Mehr-Nennwerte bei den Immobilien für die Zwecke der Staatsnotwendigkeiten und für Heimstättengründungen nutzbar zu machen, ohne Schädigung des Haus- und Grundbesitzes, jedoch auch ohne unberechtigte Bereicherung desselben.

Für die Lösung der brennend gewordenen Kleinrentnerfrage wird ein Weg gezeigt und begründet.

Mit eindringlicher Klarheit wird auf die Bedeutung der Gemeinden innerhalb eines Staatswesens und auf die sich daraus ergebenden kommunalen Verpflichtungen hingewiesen.

Das Ganze ist eingestellt in den Rahmen eines Lösungs-Versuchs der „sozialen Frage“ überhaupt und zeichnet die bodenreformatorische Wirtschaftsauffassung als zwischen Sozialismus und Individualismus stehend, wobei im Hinblick auf die Frage der Gebäudewerte bewußterweise über die Grenzen rein bodenreformatorischer Probleme hinausgegriffen wird.

Bezug durch jede Buchhandlung und den Verlag

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B., Karlsruherstraße 14.

## Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft Sektion II., Karlsruhe.

Einladung zur

### Sektionsversammlung.

Gemäß § 23 der Satzung werden die Mitglieder unserer Sektion II hierdurch zur 37. ordentlichen Sektionsversammlung auf

**Donnerstag, den 16. Juni 1921,** nachmittags 1/3 Uhr, im Gasthof zum goldenen Adler in **Oppenau** eingeladen.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht für das Jahr 1920.
2. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1920.
3. Voranschlag für 1922.
4. Wahl der Rechnungsprüfer für 1921/22.
5. Anträge und Sonstiges.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß außer den vom Wahlvorstand gemäß § 7 der Wahlordnung aufgestellten Wahlvorschlägen weitere Wahlvorschläge für die Wahl von Vorstandsmitgliedern und Vertretern zur Genossenschaftsversammlung nicht eingegangen sind. Nach § 9 der Wahlordnung sind daher die auf den Wahlvorschlägen des Vorstandes bezeichneten Bewerber gewählt; ein Wahlgang findet daher in der Sektionsversammlung nicht statt.

Karlsruhe, den 23. Mai 1921.

Der Sektionsvorstand:

Martin Daub, Vorsitzender.

## Brennholzversteigerung

des **Bad. Forstamtes Pforzheim** am **Montag, den 20. Mai d. J., früh 9 Uhr** beginnend auf dem **Seehaus** im Hagenstief mit Zulassung badischer und württembergischer Kaufliebhaber aus dem Staatswald Hagenstief 34, 44, 46, 49, 70, 75, u. 94; 48 Ster buchenes Holz; Forstwärter Kramer, Jehre und Starz, Seehaus, Post Würm. R. 341

## Zwangsversteigerung

**Freitag, den 27. Mai 1921, vormittags 10 Uhr,** werde ich in Ettlingen (Zusammenkunft Schöllbrunnstraße 12) gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:  
Ca. 16 000 kg. Nutzholztreuholz für Heizzwecke mit ca. 30-40 Pros. Wassermeißel in Untergrombach, und dessen Ehefrau Anna geborene Neubert. Vertrag vom 7. Mai 1921: Ertrungenschaftsgemeinschaft des BGB.  
Bruchsal, 13. Mai 1921. Amtsgericht.

## Ruhholzverkauf.

**Bad. Forstamt Zettlingen** verkauft freihändig in einem Los aus den Domänenwaldungen bei Hohenentgen: 10 Buchen, 19 Eichen, 101 Fichtenstämme, 3 Fichtenabstämme, 111 Forstenabstämme, zusammen 121 Fstm., 6 Ster Gartenposten 2 m lang u. 325 Stangen. R. 418  
Angebote bis spätestens **Samstag, den 4. Juni** an das Forstamt erbeten.

## Buchennutzholzversteigerung des Forstamtes Todtmoos.

**Mittwoch, den 1. Juni 1921, vormittags 10 Uhr,** im Rathaus zu Todtmoos. R. 434  
550 Ster Buchennutzholztreuholz, 28 Fstm. Buchenstammholz u. 8 Hornklöße.  
Losverzeichnis durch das Forstamt.

Donnerstag, den 26. Mai 1921.  
**Landestheater. Violetta (La Traviata)**  
6 bis gegen 1/9 Uhr. M. 20.  
**Konzerthaus. Der neue Papa.**  
7-9 Uhr. M. 11.

**Sie kaufen Fahrräder, Teile, Gummi u. Maschinen staunend billig.**  
Händler extra Rabatt.  
**Fahrradindustrie Karlsruhe**  
Christian Kunzmann R. 72  
Karlsruhe i. B. Zähringerstraße 37

**Für Baden**  
umfassend die Bezirke **Karlsruhe, Pforzheim, Rastatt, Baden-Baden, Offenburg, Lahr, Freiburg, Lörrach, Konstanz** wird von  
**Generalvertretung sehr bedeutender Zigarettenfabrik**  
ein bei Spezial-Geschäften bestens eingeführter  
**Provisions-Vertreter gesucht.**  
Angebote mit Referenzangabe unter K 258 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Papierholzverkauf.**  
**Bad. Forstamt Pforzheim** verkauft freihändig aus dem Staatswaldungen „Hagenstief“: 114 Ster aufbereitetes entrindestes und 1240 Ster unentrindestes Papierholz (St. u. Ta.) in 2 Losen. Angebote sind bis spätestens **Montag, den 30. Mai d. J.** beim Forstamt, das nähere Auskunft erteilt, einzureichen. R. 299.2

**Ruhholzversteigerung**  
**Bad. Forstamt Schwetzingen** versteigert **Donnerstag, den 2. Juni 1921, vormittags 9 Uhr,** im „Kronprinzen“ in **Oftersheim** aus Domänenwald 107. II. 7 Kiefer Wald (Dienstbezirk des Forstwarts Bülh, Baro, Ketsch).  
**Forsten-Abstämme:**  
12 Stück Ia St. mit etwa 11 Fstm.,  
113 Stück Ib St. mit etwa 85 Fstm.,  
130 Stück IIa St. mit etwa 84 Fstm.

**Central-Güterrechts-Register für Baden**  
Bruchsal. R. 311  
Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 36: Zipperte, Wilhelm, Maler in Untergrombach, und dessen Ehefrau Anna geborene Neubert. Vertrag vom 7. Mai 1921: Ertrungenschaftsgemeinschaft des BGB.  
Bruchsal, 13. Mai 1921. Amtsgericht.  
Bruchsal. R. 312  
Güterrechtsregistereintrag Band III Seite 35: Zipperte, Adolf, Zimmermeister in Untergrombach, und Emilie geb. Hartlieb. Vertrag vom 7. Mai 1921: Ertrungenschaftsgemeinschaft des BGB.  
Bruchsal, 13. Mai 1921. Amtsgericht.  
Gernsbach. R. 297  
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 403: Kühlewein, Paul, Gewerbelehrer, und Elise geb. Münz in Gernsbach. Vertrag vom 6. Mai 1921: Ertrungenschaftsgemeinschaft des BGB. Das in § 2 beschriebene Verbringen der Frau sowie dasjenige, was sie künftig noch unerbtlich unter Lebenden oder von Todeswegen erwirbt, ist als ihr Vorbehaltsgut erklärt.  
Gernsbach, 13. Mai 1921. Amtsgericht.  
Heidelberg. R. 353  
Güterrechtsregistereintrag Bd. VI Seite 446: Schmitt, Valentin, Postschaffner in Heidelberg, und Christine geb. Diehm. Vertrag vom 28. April 1921. Gütertrennung.  
Heidelberg, 19. Mai 1921. Amtsgericht 5.  
Mannheim. R. 390  
Zum Güterrechtsregister Band XIV wurde heute eingetragen:  
Seite 320: Wilhelm Mater, Vergolder, und Elisabeth geb. Schuß in Mannheim. Vertrag vom 2. April 1921: Ertrungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr in § 3 Ziffer 1a mit d bezeichnetes Fahrniseinbringen.  
Seite 321: Adam Schneider, Tagelöhner, und Maria geb. Rauzy in Mannheim-Käfertal. Vertrag vom 10. April 1921. Gütertrennung.  
Mannheim, 21. Mai 1921. Bad. Amtsgericht B. G. 4.  
Neckarbischofsheim. R. 391  
Eintragung zum Güterrechtsregister. Georg Karl Friedrich Reimuth, Landwirt zu Helmstadt-Weilerhof, und Lydia geb. Bauer von Helmstadt. Durch Vertrag vom 6. Mai d. J. ist Ertrungenschaftsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut ist das im Verträge näher beschriebene Vermögen der Frau.  
Neckarbischofsheim, den 19. Mai 1921. Bad. Amtsgericht.  
Pforzheim. R. 325  
Güterrechtsregistereinträge:  
1. Ehevertrag auf Ertrungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut vom 10. Jan. 1921 bez. Emil Jafowitsch und Magdalena geb. Luk in Pforzheim. Der Name wird in „Jafowitsch“ berichtigt.  
2. Pakt, Otto, Fabrikant zu Pforzheim, und Wera

ordnung bezeichneten Gegenstände, auf  
**Freitag, 17. Juni 1921, vormittags 9 Uhr,** und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
**Freitag, 12. August 1921, vormittags 9 Uhr.**  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderliche Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Juli 1921 Anzeige zu machen.  
Pforzheim, 24. Mai 1921.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts R. 4.

R. 415.2.1 Offenburg.  
Die **Ferdinand Ritter Witwe, Maria Anna geb. Lipps** in Offenburg hat beantragt:  
1. den am 4. April 1848 in Höfen geb., in den Jahren 1872/73 nach Nordamerika ausgewanderten, jetzt Schreiner **Eduard Lipps**, im Inlande zuletzt wohnhaft in Schutterwald,  
2. den am 31. Oktober 1842 in Höfen geb., in den Jahren 1881/83 nach Nordamerika ausgewanderten, jetzt verheirateten **Maurer Karl Lipps**, im Inlande zuletzt wohnhaft in Schutterwald, für tot zu erklären.  
Die bezeichneten Verheirateten werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Donnerstag, den 22. Dez. 1921, vormittags 11 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.  
In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verheirateten zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.  
Offenburg, 20. Mai 1921. Amtsgericht Offenburg 1.

**Verlangen Sie überall**



**RIEMPP**  
fst. geröst. Kaffee  
verschied. Preislagen offen u. abgepackt R. 43  
**Mischung**  
mit 10-25-50% Bohnenkaffee 1/2 Pfd. Pakete  
**Kaffee-Zusatz**  
beste Rohstoffe 1/2 Pfd. Pakete  
**CHRISTIAN RIEMPP**  
KAFFEE-IMPORT-GROSSHÄNDLER  
COLOMBAUER-GROSS-INDUSTRIE  
ESSIG-UND-SENFFABRIK  
GEWÜRZMÜHLEN  
\*  
**Sie erhalten Qualität!**

**Theaterkultur-Verband**  
Karlsruhe.  
**Sonntag, d. 29. Mai,** vormittags 11 1/2 Uhr:  
**Morgenveranstaltung**  
in der Wandelhalle des Badischen Landestheaters  
**Mozart in Baden.**  
Vortrag von **Anton Rudolph.**  
Gesang: **Marie von Ernst.**  
Mozartsonaten: **Elisabeth Moritz.**  
Eintrittspreis 4 Mk. (für Mitglieder des Th.-K.-Verb. bis zu 2 Karten zum halben Preis). Karten an der Theaterkasse. K. 256

geb. Brandauer. Vertrag vom 12. Mai 1921. Gütertrennung.  
Amtsgericht Pforzheim.  
Pforzheim. R. 354  
Güterrechtsregistereinträge:  
1. **Zanda, Wilhelm,** Kaufmann zu Pforzheim, und **Emilie geb. Fischer,** Vertrag vom 11. Mai 1921. Gütertrennung.  
2. **Brüdel, Paul Gustav** Müller, Inhaber eines Emailiergeschäfts zu Pforzheim, u. **Anna Maria geb. Nanninger,** Vertrag vom 11. Mai 1921. Ertrungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist: a) Das im Verträge näher bezeichnete Vermögen laut vorliegenden Verzeichnisse. b) Alles, was die Frau von Todeswegen oder mit Rückblick auf ein künftiges Erbrecht durch Schenkung oder als Ausstattung erwirbt.  
Amtsgericht Pforzheim.  
Säckingen. R. 355  
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 88: **Schneider** und **Kaufmann Hermann Effinger** und **Kunigunde geb. Futter,** beide in Säckingen. Vertrag vom 9. Mai 1921. Gütertrennung unter Ausschluss der Verwaltung u. Aufnießung des Ehemannes.  
Säckingen, 19. Mai 1921. Bad. Amtsgericht.  
Schopfheim. R. 356  
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 287:  
**Schwarzwälder, Max,** Holzverleber-Unternehmer in Schopfheim, und **Emilie geb. Friedlin,** Vertrag vom 25. April 1921. Gütertrennung.  
Schopfheim, 19. Mai 1921. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.  
Schopfheim. R. 433  
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 288: **Alfies, Karl,** Landwirt in Adelhausen, und **Katharina geb. Kuber,** Vertrag vom 13. April 1921. Ertrungenschaftsgemeinschaft.  
Schopfheim, 23. Mai 1921. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.  
Wertheim. R. 299  
In das Güterrechtsregister Band II Seite 15 wurde unter Ziff. 2 des Eintrags **Randmirt Joseph Hüb** und **Maria Katalin geb. Schlachter** in Dörlsberg eingetragen. Durch Vertrag vom 4. Mai 1921 wurde die allgemeine Gütergemeinschaft des BGB. vereinbart, der Vertrag vom 30. Oktober 1916 (Ertrungenschaftsgemeinschaft) wurde aufgehoben.  
Wertheim, 12. Mai 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.  
**Bereins-Register.**  
R. 392  
Zum Vereinsregister Lage wurde heute unter O.-J. 45 eingetragen:  
**Turnverein Nonnenweier** in Nonnenweier.  
Lahr, 21. Mai 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.